

Antrag

**der Abgeordneten Prof. Dr. Jörn Kruse, Dr. Alexander Wolf, Dirk Nockemann,
Detlef Ehlebracht, Andrea Oelschläger, Harald Feineis und Peter Lorkowski
(AfD)**

**Betr.: Gründung einer Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in
Hamburg**

Extremisten äußern sich offen antisemitisch und versuchen ihre Abneigung gegen alles Jüdische erst gar nicht zu verstecken. Anders verhält es sich mit dem Phänomen des Antisemitismus von links, der oft das Feigenblatt der Israelkritik über seine antisemitische Agenda legt. Antisemitische Gewalttaten von eingewanderten und in Deutschland geborenen Muslimen auf Juden sind schon lange nicht mehr eine bloße Aneinanderreihung von Einzelfällen, sondern gehören mittlerweile zur Realität jüdischen Lebens in Deutschland. Gerade wir Deutsche mit der Verantwortung unserer Geschichte sind dazu verpflichtet, bei diesem Problem genau hinzusehen und gegenzusteuern.

Geradezu vorbildlich ist dabei die 2015 in Berlin gegründete Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS). Neben dem 1982 in Berlin gegründeten Zentrum für Antisemitismusforschung stellt es ein weiteres wichtiges Instrumentarium dar, um antisemitische Entwicklungen und Taten zu beobachten und zu dokumentieren. Die Arbeit der RIAS ist von kaum schätzbarem Wert für das gesellschaftliche und politische Leben in Deutschland und fördert einen Paradigmenwechsel in der Betrachtung und Bewertung antisemitischer Straftaten, die fälschlicherweise noch zum größten Teil automatisch in die „PMK-rechts“ einsortiert werden, wenn nähere Angaben zum Täter fehlen. Benjamin Steinitz, dem Leiter der RIAS in Berlin, wird seit einigen Jahren von Juden zugetragen, „dass Stadtteile mit einer relativ stark sichtbaren muslimisch-arabischen Alltags- und Jugendkultur als besonders gefährlich wahrgenommen werden“.¹

Welch wichtigen Beitrag die RIAS in Berlin leistet, ist den politischen Parteien in Hamburg schon länger bekannt. So stellte die Hamburger CDU am 02.12.2016 den Antrag zur „Gründung einer Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ (Drs. 21/7105)² nach Berliner Vorbild. Doch im Sozialausschuss haben die SPD und die GRÜNEN gegen die Schaffung einer solchen Stelle gestimmt. Die von den GRÜNEN angeführten Zweifel, dass der Anstieg antisemitischer Straftaten in Zusammenhang mit der Ausbreitung des Islamismus und Salafismus gesehen werden könnten, lassen sich nach den neuesten Entwicklung geflissentlich beiseite räumen.

Denn der offene Antisemitismus ist auch am Ort angekommen, wo man ihn am gründlichsten bekämpfen sollte, nämlich an deutschen Schulen. Dies zeigt ein Vorfall von Mitte Dezember 2017 in der Kantine einer Oberschule in Berlin-Wedding, als ein Mädchen antisemitische Äußerungen rief.

¹ <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus176835317/Antisemitismus-Israeli-kritisiert-Gleichgueltigkeit-der-Deutschen.html>.

² https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/55631/haushaltsplan_entwurf_2017_2018_einzelplan_4_behoerde_fuer_arbeit_soziales_familie_und_integration_aufgabenbereich_255_arbeit_und_integration_produktdg.pdf.

Selbst Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zeigte sich schockiert nach den pro-palästinensischen Demonstrationen vor dem Brandenburger Tor im Dezember 2017, auf der eine nachgemachte Israelflagge samt Davidstern verbrannt und antisemitische Parolen skandiert wurden. „Es darf in Deutschland kein Platz sein für den alten Antisemitismus und den neuen.“³

Dass Antisemitismus ein Problem in Hamburg darstellt und auf die Bekämpfung ein besonderes Augenmerk gelegt werden muss, wird deutlich durch spezifische, Hamburg betreffende Erkenntnisse: Die alljährliche stattfindende antisemitische Al-Quds-Demonstration, auf der zur Vernichtung Israels und somit zur Tötung aller Israelis/Juden aufgerufen wird, wird aus Hamburg vom unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehenden Islamischen Zentrum Hamburg (IZH) mitorganisiert. Die Hamburger AfD-Bürgerschaftsfraktion hat als einzige Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft beantragt (Drs. 21/13532)⁴, dass die SCHURA das IZH aus ihren Reihen entlässt und weiterhin gefordert, im Falle einer Weigerung den Staatsvertrag mit der Stadt Hamburg aufzukündigen.

Das Ansehen der Hansestadt Hamburg und der Hamburger Akademie der Weltreligionen wurde durch die Berufung von Farid Esack nachhaltig beschädigt. Esack ist Leiter der lokalen Sektion in Südafrika der Boykottkampagne gegen Israel, „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS). Die BDS-Bewegung, deren Ziel die Vernichtung Israels ist und deren Forderungen an die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte, „Kauft nicht bei Juden“, erinnert, ist eine antisemitische Bewegung, die unter dem Deckmantel der Israelkritik agiert. Erst nach einem langen Hin und Her kam es zur Abberufung von Herrn Esack als Professor, bei der weder die Wissenschaftssenatorin Frau Fegebank noch ihre Partei eine gute Figur machten. Dass es manchem Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE schwer fiel bis unmöglich war, die BDS-Bewegung als klar antisemitisch zu benennen und somit ihre Solidarität nicht nur zu Israel, sondern auch zu den jüdischen Hamburger Bürgern auszudrücken, hinterlässt einen fahlen Beigeschmack.

Ebenfalls hat sich die Sicherheitslage und somit auch das Sicherheitsgefühl der jüdischen Gemeinde samt der Hamburger Mitbürger jüdischen Glaubens in den letzten Jahren verschlechtert. Bis 2015 sah die Stadt Hamburg keine Notwendigkeit, sich an den Kosten der privaten Sicherheitsdienste der jüdischen Gemeinde zu beteiligen. Im Juli 2016 ersuchte die jüdische Gemeinde eine Kostenbeteiligung bei der zuständigen Behörde, was ihr ab Oktober 2018 in Aussicht gestellt wurde. Dieser Erkenntnisgewinn kam auch durch eine Anfrage (Drs. 21/14021)⁵ an den Senat seitens der AfD-Fraktion zustande.

Die Wissenschaftssenatorin Frau Fegebank versicherte in einem Telefongespräch vom 27. Januar 2017⁶ dem Botschafter des Staates Israel in der Bundesrepublik, dass an Hamburger Hochschulen Antisemitismus keinen Platz habe. Die AfD-Fraktion sagt, dass weder an Hamburger Hochschulen noch sonst irgendwo in Hamburg Antisemitismus Platz haben darf. Die oben angeführten Vorfälle ereigneten sich alle erst in den letzten Monaten und nach der Ablehnung des Antrags der CDU und dem Telefonat von Frau Fegebank mit dem Botschafter des Staates Israels. Durch diese schrecklichen Ereignisse ist nochmal deutlich geworden, wie wichtig die Schaffung einer solchen Recherche- und Informationsstelle in Hamburg ist.

³ <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2017/12/171215-Chanukka-Empfang.html>.

⁴ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/62892/izh_wegen_wiederholter_verstoesse_gegen_wertegrundlagen_des_staatsvertrages_sanktionieren.pdf.

⁵ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/63420/kostenentwicklung_des_schutzes_juedischer_einrichtungen_in_hamburg_ii.pdf.

⁶ https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/56326/antisemitismus_an_hamburger_hochschulen_was_tut_die_wissenschaftsbehoerde.pdf.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

1. Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration soll noch im Jahr 2018 die Gründung einer Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus nach Berliner Vorbild in Auftrag geben.
2. Der Senat gibt der Bürgerschaft bis spätestens 31.12.2018 bekannt, welche Ziel- und Leistungsvereinbarungen getroffen wurden.